

5. July. 1916.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michalek**,
Wien. I., Neues Rathaus.

26. Jahrg. Dienstag, 5. Dezember 1916. Nr. 397.

Kriegsanleihezeichnung der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien mit ihren Anstalten und Fonds hat für die 5. Kriegsanleihe gleichwie bei der vierten einen Betrag von 50 Millionen Kronen gezeichnet. Damit haben die Zeichnungen der Gemeinde auf die fünf Kriegsanleihen den stattlichen Betrag von 216,550.000 K, also nahezu eine Viertel Milliarde erreicht. Hievon entfallen auf die 1. Kriegsanleihe rund 29 Millionen Kronen, auf die zweite 30 Millionen, auf die dritte 58 Millionen und auf die vierte und fünfte je 50 Millionen Kronen.

Städtische Wildverkaufsstellen. Donnerstag dieser Woche werden auf den Märkten der äußeren Bezirke nachstehende Wildverkaufsstellen die ihnen von der Gemeinde Wien - städtische Uebernahmeestelle für Wildpret überlassenen Hasen zu den untenstehenden Preisen unmittelbar an die Verbraucher in ganzen Stücken und in Teilen absetzen:

Verkaufsstellen: Für den 10. Bezirk Markt Eugenplatz bei Johann Valentin, 11. Bezirk Markt Enckplatz bei Theresia Böhm, 12. Bezirk Markt Niederhofgasse bei Franziska Greil und Berta Maxa, 13. und 14. Bezirk Markt Schwendergasse bei Anton Hahn, 15. Bezirk Markt Reithoferplatz bei Antonie Stritzl, 16. Bezirk Markt Nepomuk Bergerplatz bei Friedrich Barilitsch und Markt Brunnengasse bei Pauline Sedmik, für den 17. Bezirk Markt 18. Bez. Johann Nepomuk Vogelplatz bei Albert Hroschek, für den 18. und 19. Bezirk Markt Kutschergasse bei Antonie Bettstein, für den 20. Bezirk Markt Hannovergasse bei Marie Pastner und für den 21. Bezirk Markt Am Spitz bei Barbara Fillipitsch.

Preise: Für Hasen im Gewichte über 2 $\frac{1}{2}$ kg a) im unzerlegten Zustande für einen Hasen ohne Balg per Stück K 6,50, im zerlegten Zustande: Hasenbraten (Rücken und Lauf) K 4,60, Hasenjunge K 2, Hasenlauf K 2,20, Hasenrücken K 2,50. Diese Preise dürfen von den genannten Verkaufsstellen nicht überschritten werden. Hasen mit einem Gewichte unter 2 $\frac{1}{2}$ kg sowie Hirsche und Rehe kommen vorläufig nicht in den Verkehr. Das Marktamt ist angewiesen, die Wildverkaufsstellen hinsichtlich der Einhaltung der Preise strengstens zu überwachen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 5. Dezember.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

bringt folgendes Schreiben der Kabinettskanzlei zur Verlesung:

„Seine k.u.k. Apostolische Majestät haben tiefbewegt von den Trauerveranstaltungen des Gemeinderates der Stadt Wien und des Bezirksschulrates anlässlich des Ablebens des Kaisers Kenntnis zu nehmen geruht und danken herzlichst für die zum Ausdruck gebrachten Gefühle unbegrenzter Dankbarkeit, tiefen Schmerzes und inniger Anteilnahme“.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht sodann folgende Mitteilung:

Die Huldigungsabordnung, welche der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 27. November zum Allerhöchsten Throne entsandt hat, wurde von Ihren Majestäten Kaiser Karl I. und Kaiserin Zita am 2. Dezember halb 3 Uhr nachmittags, in der Hofburg aufs allergnädigste empfangen. In der Antwort auf meine Ansprache geruhte Seine Majestät die Stadt Wien seiner vollen Huld und landesväterlichen Liebe zu versichern. Er werde gerne die patriotischen Aufgaben fördern, die dem kulturellen und ökonomischen Fortschritte und dem Gedeihen der Stadt Wien gelten, deren Schönheit ihn

mit stolzer Freude erfülle. Die Kaiserin betrachte die Betätigung hilfsbereiter Nächstenliebe als eine der vornehmsten Aufgaben ihres Lebens und deshalb finde auch der immer und namentlich in diesem Kriege rühmensewerte Wohltätigkeitssinn der Wiener Bevölkerung in ihrem Herzen lebhaften Widerhall. Der Kaiser hoffe, daß es mit Gottes Hilfe bald gelingen werde, einen den Leistungen unserer heldenmütigen Armee würdigen Frieden zu erlangen. Mit Stolz und Freude dürfen wir in die Geschichte der Stadt Wiendiesen huldvollen Empfang aufnehmen, den unser geliebter Kaiser und unsere junge Kaiserin bei ihrem Regierungsantritte den Vertretern der Wiener Bevölkerung bereitet haben. Möge das Band der Liebe, das Fürst und Volk umschlingt, der Stadt zum dauernden Segen gereichen!

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht Mitteilung von den durch den Stadtrat gefaßten Beschlüssen anlässlich der Thronbesteigung des Kaisers Karl I. und bemerkt hiezu: Ich bitte diesen Beschluß zur Kenntnis nehmen zu wollen; entsprechende Vorlagen werden dem Gemeinderate unterbreitet werden.

Die Direktion der I. österreichischen Sparkasse hat in ihrer vollen Versammlung beschlossen, wie alljährlich zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 K, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterialen an die Armen Wiens 2000 K, zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens 2000 K, insgesamt daher 10.000 K gewidmet.

Die am 6. Jänner 1916 verstorbene Lehrerin Fräulein Marie Jank hat testamentarisch vermacht: K 200.-- zur Bekleidung der ärmsten Schulkinder ihrer Klasse, K 500.-- zur Auspeisung armer Schulkinder.

Für die Frühstückaktion für arme Schulkinder sind der Bezirksvorsteherung des IV. Bezirkes nachstehende Spenden zugekommen: Frau Adele Benedikt K 30.--, Frau Anny Muke K 5.--, J.v.H. K 3.--, Dr. Hans Graf Hoyos K 400.--, akad. Maler Ernst Hochschartner K 10.--.

Die am 8. November 1916 verstorbene Private Franziska Schmidt hat testamentarisch zur Verteilung unter die in Wien zuständigen Armen des Bezirkes Wieden in Wien deutscher Nationalität, ein Legat von 1000 Kronen bestimmt.

Mit Allerhöchster Genehmigung hat Herr Dr. Max Ritter Schneider von Ernstheim für die städtischen Sammlungen eine Urkunde vom 26. Juni 1777 bezüglich auf die Einweihung der ehemaligen Kapelle im Modenaplatz gewidmet.

Ü.R. Spalowsky stellt folgende Anfrage: Mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung hat der Gemeinderat der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Beschluß vom 16. Mai 1916 den städt. Beamten und Angestellten Kriegszulagen bewilligt. Seither ist nicht nur keine Erleichterung in der Lebensmittelhaltung zu verspüren, vielmehr ist die Teuerung seitdem noch drückender und dadurch auch die Lebenshaltung für alle städtischen Angestellten bedeutend schwieriger geworden, besonders unter den unteren Kategorien derselben ist der Zustand der Not unverkennbar.

Unter diesen Umständen erscheint es als eine hervorragende soziale Pflicht der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ihren Angestellten durch die Gewährung einer höheren Teuerungszulage das Durchhalten zu ermöglichen. Der Gefertigte stellt deshalb an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage: Ist Seine Exzellenz geneigt zu veranlassen, daß den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde Wien sowie der städtischen Unternehmungen eine höhere Teuerungszulage innerhalb kürzester Zeit bewilligt werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe mich schon seit geraumer Zeit mit dieser Frage beschäftigt und sind auch die bezüglichen Elaborate im Schoße des Magistrates fertiggestellt worden. Ich habe aber die Vorlage nicht unterbreiten können, weil ich abwarten muß, in welcher Form die Regierung den Staatsbeamten und

Staatsangestellten neuerliche eventuell höhere Kriegszulagen bewilligt. Wenn ich Mitteilung erhalten haben werde, werde ich dem Gemeinderat unverzüglich einberufen, damit er zu dieser Frage Stellung nehmen kann.

Gemeinderat Hohensinner stellt folgende Anfrage: Wie oft kann man in der Bevölkerung die Worte hören: „Es geht uns allen schlecht, wie aber die Fixbesoldeten durchhalten können, ist geradezu ein Rätsel“. ~~Nun kann aber von einem Durchhalten in den meisten Fällen nicht mehr die Rede sein, höchstens von einem Durchhängern.~~ Die Lage der Fixangestellten ist tatsächlich eine trostlose, immer weitere Kreise derselben versinken ins Proletariat. Die Regierung geht daher daran, den Staatsangestellten zu der bereits gegebenen Kriegszulage eine weitere Zulage zu gewähren, die Staatsbahnbediensteten sind schon am 1. d.M. in deren Besitz gelangt. Was wird nun die Wiener Gemeindevertretung tun, um die Not ihrer Angestellten zu lindern, von denen insbesondere die Lehrer einen harten wirtschaftlichen Kampf führen, da sie eigentlich noch gar keine Kriegszulage erhalten haben? Was dem Lehrstande als Teuerungszulage gegeben wurde, war die schon im Jahre 1914, also vor dem Kriege beschlossene, den damaligen Teuerungsverhältnissen angepaßte Gehaltserhöhung. Die Bezüge der meisten Festbesoldeten reichen kaum zum Ankauf der Lebensmittel hin, wo bleiben dann die Erfordernisse für Wohnung, Kleidung, Schuhe u.a. Bedürfnisse. Der Bürgermeister wird gefragt, ob er geneigt ist, den Angestellten der Gemeinde und den Lehrpersonen der städtischen Volks- und Bürgerschulen schon in nächster Zeit durch den Gemeinderat eine Kriegszulage bewilligen zu lassen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Diese Anfrage ist durch die von mir soeben auf die Anfrage des Gemeinderates Spalowsky erteilte Antwort erledigt.

Gemeinderat Hohensinner stellt folgende Anfrage: Das Weihnachtsgeschäft ist für die Wiener Geschäftswelt von der größten Bedeutung. Die Armeeverwaltung gewährt den Landwirten die zur Verrichtung ihrer Arbeiten notwendigen Urlaube; wäre es nicht recht und billig, auch den Gewerbetreibenden, deren Stand gewiß auch ein staatsershaltender ist, die gleiche Berücksichtigung zuteil werden zu lassen und ihnen für das Weihnachtsgeschäft, das in vielen Fällen für sie eine Existenzfrage bedeutet, einen längeren Urlaub zu gewähren? Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, an zuständiger Stelle seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die eingerückten Wiener Gewerbetreibenden zur Führung des Weihnachtsgeschäftes nach Tanlichkeit einen längeren Urlaub erhalten?

BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Interpellation dem Kriegeminister und dem Landesverteidigungsminister zur Kenntnis bringen die Herren wissen aber, daß Ihr Präsidium bereits vor längerer Zeit sowohl beim Kriegeminister, sowie auch beim Landesverteidigungsminister Schritte unternommen hat, welche dahin zielten, den älteren Wiener Gewerbetreibenden die Ausführung ihrer Dienstpflicht zu erleichtern. Ich werde nichts unterlassen um diesen Ziele näher zu kommen.

GR. Leopold Kunschak stellt folgende Anfrage: Weihnachten steht vor der Tür, für unsere wackeren Soldaten leider zum drittenmale Weihnachten im Felde. Wohl kaum eine Familie dürfte es geben, die nicht einen lieben Angehörigen im Soldatendienste hat. Gerne wollen auch die Ärmsten ihren Soldaten eine kleine Weihnachtsgabe bereiten. Von den Soldaten am meisten begrüßt werden Speden, die in Rauchzeug bestehen. Leider ist aber die Beschaffung von Tabak, Zigarren und Zigaretten ausserst schwer oder besser gesagt geradezu unmöglich. Soll den Soldaten im Felde die Freude, die sie an dem Besitz von Rauchzeug empfinden, zu Weihnachten nicht vorenthalten bleiben? Dann ist es hohe Zeit, das ausreichende Mengen zum Verkaufe gebracht werden. Ich stelle daher an Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister die Anfrage; Ist der Herr Bürgermeister geneigt bei der Generaldirektion der k.k. Tabakregien

mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, dass ungeschnittenes Grasere Mengen von Tabak, Zigarren und Zigaretten für den Verkauf bereitegestellt werden?

2
BGM. Dr. Weiskirchner: Ich werde gewiss den Inhalt dieser Interpellation der Generaldirektion der Tabakregie übermitteln, weil ich glaube, dass ja die Gesamtheit der Bevölkerung unter dem Rauchwarenmangel leidet und weil ich heute schon Anstellungen bei den Tabaktrafiken wahrnehme. Ich weiss aber nicht gerade, ob auch genug Tabak vorhanden ist und wir werden Tabak gewiss eher entbehren, als Milch, Brot und andere Dinge.

Gemeinderat Skaret stellt folgende Anfrage: Auf Grund des vorwöchentlichen Schlachtviehmarktes stellten sich die Viehpreise genau so wie in der vorvergangenen Woche. In den Fleischbänken wurde das Fleisch zum Mindestpreis von 9 K 50 h bis 13 K 50 h für Vorderes und 10 K 50 h bis 15 K für Hinteres verkauft. Wenn wir beim Einkauf ohne Rücksicht auf die Qualität einen Durchschnittspreis von 4 Kronen ermitteln, beim Verkaufe im Detail einen solchen von 12 K pro Kilo, so ergibt sich ein Bruttonutzen von 200 %, der, wenn wir selbst die erhöhten Produktionskosten in Betracht ziehen, durch gar nichts gerechtfertigt werden kann. Angesichts dieser enormen Spannung zwischen Ein- und Verkauf und den derzeit bestehenden Fantasiepreisen für Rindfleisch wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, durch seine Organe zu untersuchen, womit solche geradezu wucherisch zu nennende Detailfleischpreise begründet werden und will er in Zukunft mit seinen Organen einem solchen Vorgehen auf das Entschiedenste entgegenarbeiten?

BGM. Dr. Weiskirchner: Wie ich schon in der Beantwortung der in der letzten Gemeinderatssitzung vom Herrn GR. Ullreich gestellten, den gleichen Gegenstand betreffenden Interpellation erklärt habe, ist die Lösung der Frage der Rindfleischpreise im Wiener Kleinhandel abhängig von der Festsetzung von Höchstpreisen für Schlachtrinder aller Provenienzen auf dem Wiener Zentralviehmarkte. Die von mir in dieser Interpellationsbeantwortung als „unmittelbar bevorstehend“ bezeichnete Regelung der Marktverhältnisse auf dem Wiener Zentralviehmarkte ist mittlerweile verfügt worden; am l.d.m. sind die bezüglichen Verordnungen der Regierung in Kraft getreten. Die in diesen Verordnungen vorgesehenen Körperschaften, (Marktkommission und Marktkonsortium) haben sich bereits konstituiert und gestern ihre Tätigkeit begonnen. Die Marktkommission wird voraussichtlich noch in dieser Woche gemäss der Ministerialverordnung vom 21. xi. 1916 die für einen längeren Zeitraum geltenden Verkaufspreise für Schlachtrinder auf dem Wiener Viehmarkte festsetzen. Sobald diese Preise feststehen, wird sodann die k.k.n.ö. Statthalterei Richtpreise für den Kleinverkauf von Rindfleisch für Wien und Wiener Neustadt in der selben Weise festsetzen, wie sie dies bereits für das flache Land Niederösterreich getan hat. Auf diesem Wege dürfte endlich auch die so strittige Frage der Wiener Rindfleischpreise gelöst und die so oft beklagte hohe Spannung zwischen Lebendviehpreisen und Fleischpreisen in das richtige Verhältnis gebracht werden.

Im Uebrigen kann ich die Herren Kollegen nur darauf aufmerksam machen, dass in Wien serbisches Rindfleisch um 5 Kronen verkauft wird das im Publikum grossen Anklang hat und dass auch das Gefrierfleisch welches die Gemeinde Wien in den Handel bringt, billiger ist.

Gemeinderat Steiner stellt folgende Anfrage: In der Bevölkerung Wiens ist das Gerücht verbreitet, dass die Gasabgabe, insbesondere für Kochzwecke, in nächster Zeit eingeschränkt, ja sogar ganz eingestellt werden wird. Da bei dem ausserordentlichen Mangel an Kohle, Petroleum und Spiritus das Gas weniger denn je entbehrt werden kann, verursacht dieses Gerücht begreiflicherweise eine sehr tiefgehende Beunruhigung. Der Bürgermeister wird daher gefragt, ob tatsächlich eine derartige Massnahme, durch die viele Hunderttausende von Bewohnern Wiens auf das Empfindlichste getroffen würden, zu gewärtigen ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es besteht derzeit für die Gemeindeverwaltung kein Anlaß, an eine Einschränkung der Gasabgabe durch die zweifellos die Lebens- und Erwerbsverhältnisse der grossen Mehrheit der Bevölkerung der Reichshauptstadt in der empfindlichsten Weise in Mitleidenschaft gezogen würden, zu denken.

Jede Einschränkung der Gasabgabe würde aber auch unmittelbar das Heeresinteresse schädigen. Denn in den Gaswerken wird nicht 1 kg Kohle verbrannt, sondern es werden aus der Kohle neben Gas und Koks Stoffe gewonnen, die von grösster Wichtigkeit für die Landesverteilung sind und von denen gar nicht genug erzeugt werden kann. Ich bin daher auch aus diesem Grunde überzeugt, dass die berufenen Ministerien der Gaskohlenzufuhr - und auf die allein kommt es an - nach wie vor ihr vollstes Augenmerk zuwenden und dadurch die Notwendigkeit einer Beschränkung der Gasabgabe und ihre schwerwiegenden Folgen ausschliessen werden.

Ich kann nur den Herrn Kollegen Steiner für diese Interpellation sehr dankbar sein, weil es meine und Ihre Pflicht ist, allen diesen Gerüchten, die Beunruhigung in der Bevölkerung hervorbringen, entgegenzutreten. Was im Verlaufe des Kriegs an Gerüchten schon verbreitet und immer wieder geglaubt wurde, ist unerhört. Ich glaube aber, dass bezüglich des Gaskonsums die Wiener Bevölkerung beruhigt sein kann. (Lebhafter Beifall).

Gemeinderat Bretschneider stellt folgende Anfrage: Am 20. September sprach eine Deputation von Frauen aus dem 21. Bezirke bei dem Herrn Bürgermeister vor, um die Errichtung von Kriegsküchen in Floridsdorf zu betreiben. Der Bürgermeister versprach, dass in kürzester Zeit im Bezirksteil Floridsdorf die Küche eröffnet wird. Seither sind 2 1/2 Monate verstrichen, ohne dass die für den Bezirksteil so dringliche Inbetriebsetzung einer Kriegsküche erfolgte. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister in der Lage, über den derzeitigen Stand dieser Angelegenheit Auskunft zu geben, insbesondere auch darüber was die Ursache dieser Verzögerung ist? Will der Bürgermeister veranlassen, dass die Inbetriebsetzung in kürzester Frist erfolgt?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die baulichen Herstellungen in diesem Hause sind bereits seit längerer Zeit fertig. Die Eröffnung der Kriegsküche hat sich dadurch verzögert, dass es unmöglich war, die nötigen Kessel und Kochapparate zu beschaffen, da alle Versuche, Schlosser hierfür vom Militär frei zu bekommen, bisher fehlschlagen. Die Eröffnung der Kriegsküche und zwar als der 34. ist für den 28. Dezember d.J. in Aussicht genommen und wird unter der Voraussetzung, dass die Kessel und Apparate bis dahin beschafft werden konnten, auch eingehalten werden. Herr Kollege Bretschneider dürfte doch auch die Verhältnisse kennen und wissen, mit welchen Schwierigkeiten jetzt die Beschaffung des Materials und die Bereitstellung des Personales verbunden ist.

Gemeinderat Dr. Neumayer weist in seiner Anfrage darauf hin, dass in der Gemeinde Beinhöfen, Bezirkshauptmannschaft Gmünd, viel grössere Kartoffelvorräte lagern als vom Gemeindevorstand angegeben wurde und fragt ob dem Bürgermeister dieses offenbar auf Preistreiberei abzielende Vorgehen des Gemeindevorstandes in Beinhöfen bekannt ist.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Mir ist von diesem Vorgang nichts bekannt, ich werde diese Interpellation dem Statthalter überreichen.

Gemeinderat Rummelhardt beantragt, dem Hilfsverein für Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen im 6. Bezirk eine entsprechende Subvention aus Gemeindegeldern zu gewähren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten:

VB. Hof berichtet über die weitere Ausdehnung des Beschlusses betreffend die Stundung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen der Gemeindeangestellten einschliesslich der Angestellten der städtischen Unternehmungen

und der im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrpersonen auf das Jahr 1917 (Ang.)

StR. Dr. Haas beantragt die Bewilligung von Zuschuökrediten für das Kaiser Jubiläumsspital mit dem Betrage von 2,571.000 K und zwar für Krankenpflegepersonal 184.000 K, für erhöhte Beheizungskosten 140.000 Kronen, für Reinigung 55.000 K, für vermehrte Kosten der Wäschereinigung durch Erhöhung des Belages um rund 100 % 106.000 K, und für gesteigerte Küchenauslagen infolge der Preiserhöhungen etc. 2,086.000 K. Der Referent bemerkt, hizu, dass dieser Betrag gewiss ein ausserordentlich Hoher sei aber in den gegenwärtigen Verhältnissen sicher begründet erscheine. Der um 100 Prozent vermehrte Belag an Kranken, die Steigerung aller Preise, und nicht zuletzt die dringende Notwendigkeit, auch zu erhöhten Preisen genügende Vorräte speziell an Verbandmaterial und Medikamenten anzuschaffen, um den Fortbetrieb des Spitales nicht zu gefährden, haben diese Ueberschreitungen verursacht.

Gemeinderat Reumann sagt, dass der Referent in seiner mündlichen Begründung eigentlich etwas anderes ausgeführt habe, als in den schriftlichen Anträgen, in welchen von der Anschaffung von Vorräten nichts erwähnt werde. Für uns wäre aber das wichtigste zu wissen, wie hoch sich gegenwärtig die Verpflegskosten für einen Patienten belaufen und welches Defizit der Gemeinde aus der Erhöhung aller Bedarfsartikel erwächst. Wir wissen, dass für das Jahr 1915/16 ein Betrag von über 1 Million K als Kostenerfordernis für das Spital präliminiert war und nun sind die Kosten um einen solchen Betrag überschritten, der geradezu kolossal genannt werden muß. Es würde da doch interessieren, die einzelnen Posten etwas detaillierter vor sich zu sehen. Ein Teil des Belages machen ja Militärpersonen aus und für diese ist in den übrigen Spitalern ein Betrag von K 5,10 oder K 5,20 ab 1. Mai sogar K 5,50 pro Tag bezahlt worden. Ich weiss nun nicht, ob auch unser Spital diesen Betrag erhält. Weiters haben wir die Verpflegskosten für Zivilpersonen auf K 4,30 erhöht während sie früher K 3,20 betragen. Da möchten wir doch hören, welche Rolle diese erhöhten Verpflegskosten in den Ausgaben und Einnahmen des Spitales spielen. Schliesslich müssen wir ja dafür sorgen, dass die Kosten, die das Spital verursacht, nicht himmelhoch ansteigen. Weiters möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die Krankenkassen diese erhöhten Gebühren nicht voll bezahlen wollen, sondern eine Refundierung von 60 h pro Person, wie sie die öffentlichen Krankenanstalten gewähren, verlangen. Das Jubiläumsspital gewährt aber diese Refundierung nur vorläufig und nur für den Fall, als die entsprechenden Beträge vom Krankenanstaltenfonds zurückerstattet werden. Darauf können sich die Krankenkassen nicht einlassen, umso mehr als in einer diesbezüglichen Konferenz bei der Statthalterei der Vertreter der Gemeinde leider gar keine Aeusserung abgegeben hat, wie sich das Jubiläumsspital zu dieser Frage stellen wird. Mit Rücksicht auf alle diese Gründe und die Dürftigkeit der Begründung des Referenten können wir zu diesem ganz kolossalen Zuschuökredit unsere Zustimmung nicht geben.

StR. Dr. Haas erwidert in seinem Schlussworte: Die Verpflegskosten belaufen sich insgesamt auf K 8.57 pro Person. Es ist dies ein unerhört hoher Betrag, wir können aber nichts machen, unsere Aerzte sind nahezu alle eingerückt, die bekommen aber ihr Gehalt weiter und wir mussten Hilfsaerzte aufnehmen und ihnen Gehälter von 4 - 500 Kronen bezahlen. Auch die Entlohnung der Pflegerinnen erfordert bedeutende Mehrkosten. Das gesamte Mehrerfordernis wird aber hauptsächlich durch höhere Auslagen für Lebensmittel herbeigeführt. Nach dem Kriege werden genaue Erhebungen über die ganze Sache gepflogen werden, damit wir Ersparungen erzielen können. Von den K 4-30 die die Gemeinde vergütet erhält muss sie überdies noch 60 Heller an verschiedene Körperschaften, wie an den Landesauschuss u.s.w. abgeben, so dass wir tatsächlich nur K 3.70 erhalten. Infolgedessen ist ja auch die Summe, die wir daraufzahlen müssen, unerhört hoch.

Wetters müssen wir aber auch fortwährend ohne höhere Fundotierung arbeiten, weil wir nicht wissen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten 14 Tagen gestalten-

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

STR. Dr. Hass beantragt dem Vereine „Distriktskrankenpflege“ (Hauspflege) in Wien für das Jahr 1916 eine Subvention von 2000 Kronen und zwar 100 Kronen, als ordentliche und 1900 Kronen als ausserordentliche Subvention zu bewilligen. (angenommen)

STR. Dr. Hass legt den Entwurf für die Errichtung der Heiz- und Warmwasserbereitungsanlage in Pavillon 2 des Versorgungsheimes in Lainz mit einem veranschlagten Kostenerfordernisse von 134.500 Kronen vor und beantragt die Vergrößerung des projektierten Brennstoffkellers mit einem Mehrererfordernisse von 22.003 Kronen 43 Heller.

GR. Melcher wünscht, dass derartige Referate einige Zeit vor der Gemeinderatssitzung aufgelegt werden wollten, damit die Gemeinderäte die Akten studieren können. Das vorliegende Referat sei bereits am 17. Juli 1916 in den Stadtrat gekommen und die Preise, die in den einzelnen Kostenüberschlägen festgelegt worden sind existieren heute überhaupt nicht mehr. Wenn Sie für den Kubikmeter Mauerwerk 32 Kronen einsetzen, so kosten nach den heutigen Preisverhältnissen die Ziegel allein so viel. Sie dürften wahrscheinlich schon heute gewärtigen, dass hier eine Ueberschreitung von 30 bis 40% eintreten dürfte. Ich bin der Meinung, dass es für die Bevölkerung nicht sehr angenehm ist und speziell auch für den Fachmann, wenn es im Amtsblatt plötzlich heisst, dass auf dem Kostenvoranschlag ein Aufschlag von 40% bewilligt werden musste. Ich würde es vorteilhaft halten, dass dieser Kostenvoranschlag heute einer Revision unterzogen würde.

BGM. Dr. Weisskirchner: Der Herr Kollege muss sich im Irrtum befinden, der Akt ist erst im November an den Stadtrat gekommen.

Der Berichterstatter stellt in seinem Schlussworte fest, dass der Bericht des Magistrates vom 10. November datiere, dass der Akt am 20. November in den Stadtrat gelangte und dass am 28. November darüber dort verhandelt wurde. Es handle sich im Uebrigen nur um eine prinzipielle Genehmigung und sollte längere Zeit verstreichen, so werde vor der Ausführung überhaupt ein neuer Kostenvoranschlag eingeholt werden müssen.

Der Antrag des Berichterstatters wird schon genehmigt.

VPM. Rain: berichtet über eine Abänderung des Beschlusses, betreffend das Uebereinkommen mit der Kabelfabriks- und Drahtindustrie A.G., bezüglich der Arondierung der Liegenschaft E.Z. 206 in Altmannsdorf.

Der Bericht wird genehmigt.

VBGM. Rain: beantragt die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof betreffend den Transportkostentrückersatz für die im Wohlfahrtswege erfolgte Heimbeförderung eines Arbeits- und obdachlosen nicht Zuständigen zu ergreifen. (Angenommen)

STDR. KNOLL: legt einen Bericht über das Anbot des Rudolf und der Magdalene Reichl auf Verkauf der K-Parzelle 922 in Stammersdorf an die Gemeinde Wien vor und wird derselbe genehmigt.

STR. POYER beantragt das Anerbieten des Vereines der Kinderfreunde im 13. Bezirk in Breitensee, die von ihm unterhaltenen Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule, XIII., Högelin Nr. 11 - Kandlerstr. 10 unter gewissen Bedingungen in ihr Eigentum und in ihre freie Verwaltung zu übernehmen.

BGM. Dr. Weisskirchner: Bevor ich in die Debatte hierüber ein-gehe, konstatiere ich, dass der Obmann des Vereines Zatzka nicht anwesend ist.

GR. David erklärt, er habe nichts gegen den Antrag einzuwenden, müsse aber um Aufklärung bitten, wie hoch das Reinvermögen des Vereines sei, da die Gemeinde Wien das Vermögen sammt den Schulden Vereines zuübernehmen habe.

STDR. POYER erwidert in seinem Schlussworte, dass mit der in seinem Antrage genannten Summe von 100.000 Kronen das Reinvermögen gemeint sei, weil die gesamten Aktiven nach der Schätzung ungefähr 118.000 Kronen betragen, denen Passive mit 20.000 Kronen gegenübersteht

GR. David erklärt, er sei mit dieser Aufklärung vollkommen zufrieden und wird somit der Antrag angenommen.

STR. Schneider berichtet über die Verlängerung der Strassenbahnlinie in der Laudongasse und beantragt: Die Verlängerung der Strassenbahnlinie in der Laudongasse, von der Lederergasse bis Skodagasse mit dem Betrage von 120.000 Kronen und die Führung der Linie 5 über Spitalgasse - Laudongasse nach Fertigstellung der vorstehend angegebenen Anlage zu genehmigen.

G. R. Rotter: weist auf die gefährliche Passage bei der Kochgasse hin und auch darauf, dass er bereits am 16. April 1916 in einem Antrage verschiedene Missetände im Verkehr der Linien 5, 15, 3 und 13 angeführt hat. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Direktion der Strassenbahnen diese seine Anregungen ehebaldigst einer Prüfung unterziehen werde. Am Schlusse seiner Ausführungen stellt Redner den Antrag, dass jeder Wiener Bezirk im Strassenbahnausschuss vertreten sein solle.

In seinem Schlussworte weist der Referent darauf hin, dass er auf die einzelnen angeführten Dinge des Vorredners augenblicklich nicht eingehen könne, dass er aber in späterer Zeit darüber Aufschluss geben werde.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates Rotter findet genügende Unterstützung und wird an den Stadtrat weiter geleitet.

Vize-Bürgermeister Rain erstattet nun einen ausführlichen Bericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien. Er streift die Bestrebungen und Bemühungen der Wiener Gemeindeverwaltung in dieser Angelegenheit während des Jahres 1914 und 1915 und bespricht sodann die Tätigkeit im heurigen Jahre. Schon frühzeitig habe die Gemeindevertretung erkannt, dass die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffel grosse Schwierigkeiten haben werde, da der Bedarf sich unverhältnissmässig gesteigert hatte, nachdem viele andere Artikel infolge der unerschwinglichen Preise für die minderbemittelte Bevölkerung fast nicht in Betracht kamen. Während für das Jahr 1916 blos 8000 Waggons angesprochen worden waren, wurden für das Jahr 1917 12.000 Waggons begehrt, eine Menge, die unter den heutigen Verhältnissen nur als knapp zu reichend bezeichnet werden könne.

Es müsse anerkannt werden, dass die Zentraltransportleitung der Gemeinde Wien in jeder Beziehung entgegen gekommen ist. Nach dem Versorgungsplan werden täglich in Wien 283 Waggons angerollt, 15 Wiener Bahnhöfe standen zur Verfügung. Die Gemeinde Wien hatte eine hinlängliche Anzahl von Arbeiter aufgenommen, der Stellwagenverkehr wurde eingeschränkt, um genügend Bespannung zu haben. Die Strassenbahn wurde in den Dienst der Aktion gestellt, kurz, es waren alle Vorarbeiten in der besten Weise getroffen. Schon im September machte sich ein Notstand in Wien bemerkbar. Es gelang zwar 130 Bahnwagen aus Niederösterreich und 300 Bahnwagen aus Russisch-Polen nach Wien zu bringen, aber diese 430 Bahnwagen konnten, da der Wiener Tagesbedarf 40 bis 50 Waggons beträgt, nur für eine kurze Reihe von Tagen ausreichen. Wiederholt bemühten sich Bürgermeister und Gemeindevertretung Kartoffeln aus Ungarn zu erhalten, es wurde schliesslich auch die Ausfuhrerlaubnis für 150 Bahnwagen erteilt, tatsächlich wurden nur 11 Bahnwagen nach Wien gebracht. Mit 6. Oktober setzte dann endlich die Tätigkeit der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt ein. Die Zufuhren hielten sich in den ersten 10 Tagen auf einer gewissen Höhe, aber bald liess

der Zuschub nach und anstatt 283 Bahnwagen, die durchschnittlich ankommen sollten, kamen immer weniger, so dass schliesslich am 23. Nov. nur ein Einlauf von 2 Bahnwagen Kartoffeln zu verzeichnen war. Wir waren darauf vorbereitet, dass nicht alles klappen werde, aber an ein solch totales Versagen hatten wir nicht gedacht. Dazu kam noch, dass durch eine Verordnung der Statthalterei verboten wurde, dass Kartoffel unter 100 kg von angehörigen Wiener Familien aus der Umgebung der Stadt herein gebracht werden dürfen. Das Versagen der Aktion hatte hauptsächlich seinen Grund darin, dass nicht genügend Waggons zur Verfügung standen. Die Zufuhren aus Niederösterreich, welche sonst alljährlich der Wiener Markt versorgten, waren uns gesperrt und wir waren auf Böhmen, Mähren und Russ.-Polen angewiesen. Es ist uns zwar gelungen in den Zeiten grösserer Zufuhren 1353 Bahnwagen in den Kartoffelmieten einzulagern, die Gemeinde Wien muss jedoch diese für jene Zeiten aufbewahren, während welcher infolge grossen Frostes eine Zufuhr aus von Kartoffel ausgeschlossen ist und sie der anderen Bevölkerung der äusseren Bezirke zuweisen. Der Redner bespricht sodann die Ursachen, welche der Einföhrung von Kartoffelkarten entgegenstehen und erklärt, dass die Gemeindevertretung von sich sagen könne, dass sie nichts verabsäumt habe, um die Regierung und die anderen kompetenten Faktoren auf die Mängel der bestehenden Organisation aufmerksam zu machen.

Der Referent bespricht sodann andere Approvisionierungsmassnahmen und stellt die bekannten Anträge. Er bittet um Annahme derselben da er überzeugt sei, dass bei einer Durchführung der darin gestellten Forderungen eine Besserung in der jetzigen Lage erblickt werden könne. (Lebhafter Beifall).

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Hain: Die vorliegenden Anträge entsprechen einer Vereinbarung in der Obmännerkonferenz und unser Verband wird für dieselben stimmen. Wir begrüssen alle die Errichtung eines Amtes für Volksernährung, weil dieses Amt berufen ist das alte österreichische Uebel, den Kompetenzkonflikt zu beseitigen. Wir haben es erlebt, dass ein Ministerium für einen Artikel kompetent war, soweit er für die menschliche Ernährung in Betracht kam und das andere Ministerium wieder in der Richtung, in der er als Futtermittel für das Vieh bestimmt war. Dad roh wurden wichtige Massregel, die ergriffen hätten werden sollen, von vorneherein unterbunden. Wir haben die Zentralisierung der Volksernährung gleich bei Kriegsbeginn gefordert und es ist bedauerlich, dass die Errichtung dieses Amtes erst jetzt erfolgt ist, zu einer Zeit, wo eigentlich schon über die dritte Ernte verfügt ist. Das Amt soll auch berufen sein der Desorganisation im Lebensmittelverkehr zu steuern. Wir haben gesehen, dass ländereise ja bezirkweise über die Lebensmittel verfügt wurde, und dadurch ist Wien als grosses Konsumtionszentrum schwer geschädigt worden. Die letzten Vorerordnungen haben sogar eine Verschlechterung gezeigt, indem sie den Transportbescheinigungen den Bezirkshauptmannschaften überwiesen haben, sodass wir noch weniger in der Lage waren einzuwirken. Es zeigt sich auch, dass die ländereise Organisation beispielweise der Kriegsgetreideverkehrsgesellschaft, weiters der Viehverwertungsstellen, für jene Orte schädlich waren, welche grosse Konsumtionszentren sind. Wir sahen dass die ländereise Organisation der Viehverwertungsstelle zu den verschiedensten Preisen geführt hat und es wurden da auf Kosten der Wiener Bevölkerung Gewinne erzielt, die nicht für Wiener Zwecke verwendet werden. Heute sind Thesaurierungen überhaupt nicht am Platze, sondern nur eine Verbilligung des Fleisches. Gegen die Absperrung der Länder und Bezirke zu Schaden Wiens müssen wir auf das Entschiedenste Einspruch erheben. Das Ernährungsamt soll auch das Verhältnis zwischen Militär und Zivil-

bevölkerung planmässig ordnen. Wir haben gesehen, dass sich ihre Bestrebungen oft durchkreuzt haben und es ist hier ein Einvernehmen zwischen Militär und Zivilverwaltung notwendig, welches die Obmännerkonferenz gleich zu Beginn des Krieges verlangt hat. Von den Funktionen, die dem Ernährungsamt zugewiesen sind, können wir nicht vollkommen befriedigt sein. An und für sich ist der Gedanke, dass für die einzelnen Artikel Zentralstellen geschaffen werden nicht von der Hand zu weisen, aber die Art wie diese Zentralstellen geschaffen wurden, ist mit Recht der schärfsten Kritik unterzogen worden. Diese Zentralstellen hätten auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut sein müssen, sie hätten getragen sein müssen von dem vollsten Vertrauen der Bevölkerung und es hätte Einsicht und Kredit gestattet sein müssen. Diese Zentralstellen haben auch den Fehler gehabt, dass sie den Handel vollkommen ausgeschaltet haben. Dieser hätte zugezogen nutzbar gemacht und auf das schärfste beaufsichtigt werden sollen. Es ist daher notwendig, dass der Ernährungsmittelbeirat volle Einsicht erhält und dass ihm vielleicht periodische Berichte über diese Zentralstellen erstattet werden. Wir verlangen auch eine entsprechend grosse Vertretung in diesem Beirat. Der Ernährungsbeirat ist überwiegend agrarisch und wir müssen verlangen, dass die Gemeinde Wien stärker vertreten ist, dass die grossen Konsumentenorganisationen darin Vertretung erlangen. Wenn seitens des Herrn Referenten gegenüber diesen Konsumentenorganisationen eine Bemerkung gemacht wurde, welche vielleicht gegen diese Organisationen aufgefasst werden könnte, so möchte ich das Eine sagen, dass insoweit diese Konsumentenorganisation eine Mehrbeteiligung der Organisierten zur Folge hat später, wenn einmal die Ernährung geregelt ist, sie auch so geregelt werden muss, dass die Verteilung eine gleichmässige ist, aber die Konsumentenorganisationen an sich verdienen vom Standpunkte der Gemeindeverwaltung insbesondere während des Krieges die weitestgehende Unterstützung. Die Fixangestellten sind in der allerschwierigsten Lage, denn wir auch beispielsweise an die Gemeindebeamten Kriegszulagen bewilligt haben, so sind diese ja ausser allem Verhältnisse zu dem Stande der Teuerung und ich muss meine Verwunderung darüber aussprechen, dass - ich weiss nicht ob das richtig ist, - den Gemeindebeamten der Beitritt zur Reichseinkaufsorganisation der Fixangestellten untersagt worden sein soll oder dass ihnen abgewunken wurde. Es wird eine planmässige und gerechte Verteilung der Zuschüsse verlangt. Unser Verband hat selbst ja schon seit Jahresfrist für die Rayonierung gewirkt und wir sind ja auf gutem Wege zu dieser Art der Verteilung. Wir haben die Mehlayonierung klaglos durchgeführt und werden die Brotrayonierung durchführen. Wir werden dann zwei Systeme haben. Ueber meinen Antrag wurde in der Obmännerkonferenz beschlossen an die Brotbezugskarte einen Annex zu geben für die anderen Lebensmittel. Wir können dann das eine oder andere System für die Verteilung wählen. Es ist ja schon geplant, die Eier nach dem Mehlayonierungssystem zu verteilen. Die planmässig gerechte Verteilung muss ja natürlich auch die Absperrung der Länder beseitigen, das wichtigste aber ist, das Verhältnis zwischen Oesterreich- und Ungarn.

Das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn muss an der Spitze des ganzen Systems kommen. Im Frieden ist der Ausfuhrüberschuss zu 93% nach Oesterreich und vorwiegend nach Wien gekommen und es ist selbstverständlich, dass es gerade in der Zeit der Not von fürchterlicher Wirkung sein kann, wenn die Zufuhr aufhört. Der gemein-

same Krieg muss auch auf wirtschaftlichem Gebiete gemeinsam geführt werden. Wenn es uns nicht gelingt, die jetzigen Verhältnisse einiger-massen zu ändern, dann ist die Aufgabe des Ernährungsamtes ausserordentlich schwer. Ministerpräsident Koerber sagt freilich in seinem Motivenbericht, dass das Amt nicht in der Lage sei, die Vorräte zu vermehren. Das ist richtig, wenn man von dem Verhältnisse zu Ungarn absieht. Aber das Ernährungsamt muss dem Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen mit Ungarn zur Verfügung stehen. Wir müssen verlangen, dass die wirtschaftliche Seite des Krieges nicht minder wichtig wie militärische behandelt wird. Deswegen ist, das Verlangen nach gleichmässigen Rationen in beiden Gebieten berechtigt.

Was die Massnahmen gegen den Lebensmittelwucher jeder Art und gegen zirkulative Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung seiner Preise anbetriift, so findet dieser Antrag unsere volle Zustimmung. Ich selbst habe in der Obmänner-Konferenz diesen Antrag gestellt, weil unser Verband gegen Lebensmittelwucher jeder Art eintritt. Ich lege Gewicht darauf, dass diese beiden der Anträge durch unsere Initiative zustande kam. Wir sind auch der Ansicht, dass wir auftreten müssen gegen jede Art von Lebensmittelwucher. ob von Grossbanken oder Grossagrariern, wir sind der Ansicht, dass Ministerpräsident Koerber eine Kraftprobe leisten muss, um alle Uebelstände in dieser Richtung zu brechen. Wir verlangen auch, dass der Widerstand jener Grossagrariere gebrochen wird, welche die Vorräte zurückhalten. Wir müssen aber auch verlangen, dass der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Das Höchstpreissystem ist dadurch diskretisiert worden, weil Höchstpreise eingeführt wurden die aber, jeder Erfahrung widersprechen. Höchstpreise für einzelne Artikel sind sehr gefährlich. Ich möchte denn doch das System der Höchstpreise nicht verdammen. Wir müssen Preisbildungskommissionen verlangen, damit die Detailpreise mit den Grosshandelspreisen in Einklang gebracht werden. Vielleicht wäre es auch gut, wenn man bei der marktämtlichen Kontrolle den Konsumentenorganisationen eine gewisse Mithilfe eingeräumt werde. Das Höchstpreissystem solle nicht fallen gelassen werden, sondern es soll ein Abbau der Preise stattfinden. Ein Antrag des Herrn G.R. Dr. Dorn bezüglich der Gestattung des Verkaufes von Saccharin hat keinen Erfolg gehabt. Wir haben bis jetzt auf unsere Eingaben von der Regierung noch keine Antwort. Das Allergrößte aber ist die Kartoffelklage. Die Gemeinde Wien ist bei den Kartoffeln auf das Schwerste geschädigt worden. Die Gemeinde Wien hat eingekauft und einige Tage später wurden die Höchstpreise herausgegeben. Hier sind wir auch durch die Nichteinhaltung des Programmes geschädigt worden. Wir haben gesehen, dass Einzelne sogar verhindert worden sind, sich Kartoffeln zu verschaffen. Die Nichtgestattung des Bezuges von Stückgütern hätte ~~etwas für sich, wenn das Programm eingehalten würde.~~ In der Zeit vom 1. bis 20. September in der Zeit der grössten Kartoffelnot sind 261 Waggon Kartoffeln nach Wien gekommen. ~~Dies zu untersagen und das Programm nicht zu haben ist eine Erbsünde.~~ Meine Herren, Kartoffel und Brot muss vorhanden sein, sonst kann die Wiener Gemeindevertretung die Verantwortung für die Ruhe nicht übernehmen. Getreide und Kartoffel werden vielleicht durch den Siegeszug unserer Helden in Rumänien verschafft werden können, Wir richten nach dieser Richtung ein dringendes Ersuchen an die Regierung den nötigen Einfluss walten zu lassen. Wir können verlangen, dass der grösste Teil an Getreide aus Rumänien der Bevölkerung in Wien zukommt, weil wir dessen am Meisten bedürfen. Nur wenn für Brot und Getreide gesorgt ist, dann wird die Bevölkerung durchhalten können.

GR. Skaret: Der Bürgermeister sagte gestern in einer Versammlung auf der Landstrasse: „Wenn einmal die Wirtschaftsgeschichte dieses grossen Krieges geschrieben werden wird, wird die Darstellung der vielen vergeblichen Gänge und der zahlreichen zu Boden gefallenen Vorschläge und Anregungen eines der unerfreulichsten, aber auch eines der interessantesten Kapitel sein.“ In einem ähnlichen Sinne äusserte sich unlängst Dr. Horwitz in einer Versammlung in der die Ernährungsfragen besprochen wurden. Wenn irgend jemand so können die Sozialdemokraten das Recht für sich in Anspruch nehmen, dass sie es an Vorschlägen und Anregungen nicht fehlen liessen. Wenn etwas davon zur Ausführung kam, dann kam es immer zu spät. Am 20. Oktober 1914 verlangten wir ein Ernährungsamt, jetzt erst, zu spät wurde es geschaffen und wenn es wenigstens noch vor der diesjährigen Ernte aktiviert worden wäre, so hätten wir vielleicht noch Erfolge erzielen können. Redner bespricht sodann die günstige Lage der Selbstversorger - die kleinen Bauern ausgenommen - gegenüber dem Städter und bemerkt, dass man von einer Opfergleichheit zwischen Agrariern und Städter Bevölkerung nicht sprechen könne. Wir in Oesterreich, sagt dann der Redner, waren auch dadurch schlechter gestellt, dass im ersten Kriegsjahre fast ganz Galizien durch die Russen besetzt war, gerade jenes Land, welches durch seinen reichen Ertrag viel zur Deckung des Bedarfes der Bevölkerung der anderen Länder beitrug. Diesen Ausfall haben wir ganz empfindlich gespürt. Wir haben aber auch zu beklagen, dass uns Ungarn in der grössten Not nicht ausgeholfen hat und dass wir von dem einheitlichen Wirtschaftsgebiet nichts bemerken konnten.

Es wird eine der ersten und keine der leichtesten Aufgaben des neuen Ernährungsamtes sein, vor allem einmal diese Frage mit Ungarn im vernünftigen Sinne zu regeln und das Problem der gemeinsamen Aufbringung und Aufteilung der Lebensmittel zu lösen. Der gemeinsame einheitliche Aufbringungsdienst darf aber nicht nur mit Ungarn allein gesucht werden, sondern es müssen auch die Okkupationsländer herangezogen werden. ~~Ungarn macht sich auch in einer anderen Richtung~~ ~~gegen Oesterreich ausserordentlich schuldig.~~ Nicht genug, dass die Komitee von der Ausfuhr der notwendigsten Lebensmittel nach Oesterreich absperren, wir hören jetzt auch, dass Ungarn- und wir können uns in Oesterreich nicht über einen Überfluss an Waggonen beklagen - an 1000 Waggonen aus Oesterreich zurückhält, damit seine Transporte versieht und wir in Oesterreich haben oft eine Notlage, nicht weil keine Kartoffel, kein Zucker zu haben ist, sondern weil keine Waggonen zu haben sind.

GR. Ignatz Fischer: Die Kriegsverwaltung ist es ja, die sie zurückhält -

GR. Skaret: Sie haben vielleicht eine allzuhohe Meinung über die Zentraltransportleitung steht Tisza und der entscheidet. Ihm wird die Militärgewalt gewisse nichts tun, was nicht mit seinen Intentionen und mit den Intentionen der ungarischen Magnaten in die dem Punkte übereinstimmt. Das ist eine der Aufgaben des Ernährungsamtes. Sie sehen es sind schwere ungeheuerliche Aufgaben zu lösen von denen ich nicht recht begreifen kann, wie sie das Ernährungsamt selbst wenn es mit aller Exekutivgewalt ausgestattet wäre, lösen wird. Wenn Russland ein ungenügend ausgenütztes Bahnnetz hat und darum in verschiedenen Teilen des Landes Hungersnot ausbricht, so

5
ist eben der Grund dafür darin zu suchen, dass sein Bahnnetz so unzureichend ist. Bei uns liegt es nicht am Bahnnetz, sondern am Mangel an Waggonen und doch haben wir immer wieder im Parlamente auf diesen Uebelstand hingewiesen. Ich erinnere an unsere seinerzeitigen Anträge über die Milchversorgung, wo wir die Anschaffung von Milchtransportwagen gefordert haben. Die heutigen Verhältnisse sind eine lächerliche Anklage gegen die Unterlassungen der damaligen Regierung. Es ist aber bei dieser Sachlage interessant zu hören, wie die eigentlich unsere vorhandenen Waggonen verwendet werden. Was geschieht mit den vorhandenen Waggonen? Ich war jetzt in Steiermark und da hat man mir folgende Geschichte erzählt. Die Rinderhäute die vom südlichen Kriegsschauplatz geliefert werden, müssen nach Wien an die Häutezentrale geliefert werden. Sie machen also einen ungeheuren Weg. In Wien werden sie aufgespeichert, dann wieder verladen und in das südlichste Steiermarks nach Pettau zur Verabrietung geschickt. Meine Herren, man glaubt es nicht. Kann denn ein Mensch, der in Wien beim Schreibtische sitzt, kann denn der von diesem Schreibtische aus nicht über den Transport disponieren? Ein weiterer Fall. Indemselben Orte sind 3000 Soldaten in den Baracken untergebracht. Das Stroh, das sie benötigen, ist schlecht. Es wird frisches Stroh angesprochen. Dieses wird im Pettauer Bezirke requiriert, wird nach Marburg geführt, dort ist der Stappelpfad für Stroh, daher muss es dorthin geführt werden. Dort wird es abgeladen, registriert, verbucht und wieder aufgeladen, um dann nach Pettau geführt zu werden. Meine Herren, soll ich Ihnen noch solche ergötzliche Geschichten, wie man das, was man an Waggonen hat, spazieren führt, erzählen? Der Vize-Bürgermeister von Wiener Neustadt hat uns folgende Geschichte erzählt: Wiener Neustadt hat einen Waggon mehr angesprochen, der aber nicht gekommen ist. Nun langte ein Waggon Mehl ein und man wandte sich an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, ob man diesen Waggon bekommen könne. Es wurde uns darauf geantwortet, nein, dieser Waggon ist für Mariazell bestimmt, Sie bekommen ihren aus Wilhelmsburg in den nächsten Tagen.

Nun die Kartoffelgeschichte. Wir können über Nacht währendes Gefrierwetter bekommen und alle die Kartoffel, die irgend wo am Bahnhofe stehen, sind dem Verderben ausgesetzt. Gewiss kann der Gemeinde kein Vorwurf gemacht werden und ich selbst bin bereit zuzugeben, dass von Seite der Gemeinde in dieser Frage alles getan worden ist und alles aufgeboten wurde, um die Sache ordnungsgemäß zu regeln. Aber diese Mächte, diese Instanzen, die sich bei einer solchen Kartoffelzufuhr einschleichen, sind die Ueberbleibsel der ersten Zeit des Krieges. Wenn man rechtzeitig Vorsorge getroffen hätte, und Trockenlagen gebeut hätte, würden die Kartoffel auf ein Siebentel der eigentlichen Spesen herunter gebracht werden und wir hätten Kartoffel soviel wir brauchen. Wir stehen heute mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit bezüglich der Kartoffelversorgung vor einer Katastrophe. Es muss mit Ungarn eine Vereinbarung getroffen werden, es muss eine gewisse Einheitlichkeit und Planmäßigkeit platzgreifen, wenn wir für die nächste Zeit versorgt sein sollen, da es nicht möglich war Reserven aufzuspeichern. Redner verweist sodann auf die hohe Spannung zwischen den Fleischpreisen im kleinen und den Viehpreisen, sowie auf die ungerechtfertigt hohen Preisen des Gemüses und erklärt, es müsse die dringendste Aufgabe des Ernährungsamtes sein, alle diese Fragen zu regeln und insbesondere die Preise abzubauen. Redner glaubt,

dass wohl alle zusammen dem Wunsche Ausdruck geben, dass das kulturschänderische Morden einmal ein Ende nehme und der Frieden allen Völkern zurückgegeben werde. Jedes Viertel und Halbe Jahr um welches der Krieg länger dauert, schlage Wunden, welche nach Jahrzehnten, oder vielleicht erst nach Jahrhunderten geheilt werden können. Sehr typisch war aber auch die Art der Milchversorgung. Am 1. September als die Milchzufuhr schon ausserordentlich eingeschränkt war, kommt eine ministerielle Verordnung, über die Regelung des Verkehrs mit Milch und die Statthaltereier ordnet am 26. September die Errichtung einer Milchversorgungsstelle an, zu einer Zeit, wo es viel zu spät war, in dieser Frage noch etwas ändern zu können. Mittlerweile war in Budapest ein Milchpreis von 56 Heller überall, waren die Milchpreise so festgesetzt und zumindest die ungarische Milch in die ungarischen Städte zu leiten und wir kommen mit unseren Massnahmen zu einer Zeit, wo die Milchzufuhr von 800.000 Liter auf 400.000 Liter gesunken ist. Der Redner fordert dass auch die grossen Produzenten im Kriege Opfer bringen müssten im Interesse der Bevölkerung und erklärt namens seiner Partei, dass diese für die vorliegenden Anträge stimmen werden. (Beifall bei den Parteigenossen)

Gemeinderat Oberkurator Steiner: Der Gemeinderat der Stadt Wien empfindet es als eine Erlösung, dass durch die heldenmütigen Kämpfe der Verbündeten Heere/siegreiche militärische Erfolge gezeitigt worden sind, dass wir heute hier freimütig über unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten sprechen können, ohne den verbündeten Feinden Stoff zu Irreführungen über unsere Verhältnisse zu bieten. Sehr kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges, als infolge der überstürzten Kriegserklärungen, der Anspannung aller Transportmittel, der Wirkungen des Kriegsleistungsgesetzes und der Absperrung Wiens durch einzelne Statthalter, Landespräsidenten und Bezirkshauptleute eine Knappheit verschiedener Lebensmittel und Bedarfsartikel eintrat, war man sofort bereit, die Vertretung und Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt hierfür verantwortlich zu machen, obwohl jedermann weiß, dass eine gesetzliche Verpflichtung für die Beschaffung der Lebensmittel und Bedarfsartikel für die Gemeindevertretung nicht besteht. Um die Bevölkerung vor Ausbeutung und Uebervorteilung zu schützen, ist die kaiserliche Verordnung vom 7. August 1915 erlassen. Ferner wurden auch von Seite des Ministeriums des Innern durch die an alle politischen Landesstellen ergangenen Erlässe vom 22. Juli 1915 und vom 22. August 1915 Massnahmen bezüglich Hintanhaltung der Preistreiber mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln und Lebensmitteln getroffen. Es ist nur selbstverständlich, dass nunmehr Uebergriffe dahin erfolgten, dass 100te und 100te von Anzeigen bei der Polizei und bei den Marktbehörden einliefen, von welchen ein großer Teil auf ungenügender Information beruhte oder aus Rachsucht erstattet wurde. Es wurde auch hierfür die Gemeindevertretung verantwortlich gemacht, obzwar sie die behördlichen Verfügungen nur im übertragenen Wirkungskreis durchführte. Es sollen jedoch die Fehler, die hierbei unterlaufen sind, nicht beschönigt werden. Die Gerichte mussten ihres Amtes walten. Bei dem bekannten ausgeprägten Gerechtigkeitsinn und der Objektivität der österreichischen Richter dürfte sich heute so mancher Richter in seinem Innern sagen: Ja, die kleinen, um ihre Existenz schwer ringenden Geschäftsleute müsste ich um Ehre und Freiheit bringen, während ich jene, welche seit Beginn des Krieges geräuschlos Millionen um Millionen aus den Taschen der Bevölkerung ziehen, nicht einmal dem Namen nach kennen, geschweige denn aktenmässig behandeln darf. Nachdem nun nach so vielen verfehlten staatlichen Organisationen endlich ein Ernährungsamt mit selbständiger Machtvollkommenheit ausgestattet errichtet worden ist, erlaube ich mir dem Direktorium desselben, dessen Zusammensetzung aber schon einen Zweifel darüber aufkommen lässt, ob den Hoffnungen, die in dieses Amt gesetzt werden, auch entsprochen werden dürfte, Einiges aus dem Vielen heraus zur Kenntnis zu bringen.

Ich komme dabei in erster Linie auf die Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu sprechen, erachte es aber als meine Pflicht, bevor ich zur meritorischen Behandlung der Gebarung der K.G.V.A. übergehe, Folgendes zu erklären: Präsident Exzellenz Dr. Schonka hat sich durch seine unermüdete selbstlose Tätigkeit den wärmsten Dank nicht nur der Bevölkerung der Stadt Wien, sondern der Gesamtbevölkerung Oesterreichs erworben. Weiter gebührt der wärmste Dank dem von Sr. Exzellenz geleiteten Transportunternehmen, der k.k. priv. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, welche es durch eine zielbewusste Organisation verstanden hat, uns zu Zeiten der größten Not durch Massenimporte landwirtschaftlicher Produkte aus dem Balkan, insbesondere aus Rumänien das Durchhalten zu ermöglichen.

Und nun zur K.G.V.A. selbst: Die am Neujahrsorgen 1916 erschienene Regierungsverordnung hat bekanntlich eine wesentliche Erhöhung der Mehlpreise beabsichtigt. Die berufene Vertretung der Gemeinde Wien hat in energischer Weise gegen die Absichten der Regierung, eine ganz ungerechtfertigte Mehsteuer durchzuführen, energisch Stellung genommen und ist diese Aktion von allen Völkern Oesterreichs nachdrücklichst unterstützt worden. Die Gemeinde verlangte kurz und bündig die Aufhebung dieser Verordnung und haben die Mitglieder der Obmänner-Konferenz unter Führung des Bürgermeisters sofort beim damaligen Minister des Innern interveniert. Im Laufe dieser Verhandlungen trat zutage, dass die Regierung sich bemüht sah, eine namhafte Mehlpriiserhöhung eintreten zu lassen, weil die Gebarung der K.G.V.A. mit einem Millionen-Defizit abschliesse. Man sprach von 130 bis 180 Millionen. Die Gemeindeverwaltung hat es aber durchgesetzt, dass selbst auf die Gefahr hin, dass durch die Uebernahme des Defizites der Staats-Schatz wesentlich belastet werde, die von der Regierung beabsichtigte, drückende Konsumsteuer vermieden werde. Aus den Aeußerungen der Regierungsvertreter war zu entnehmen, dass die K.G.V.A. beim Meterzentner Getreide 20 Heller an Regiespesen in Anrechnung bringe. Trotzdem nun durch das mannhafte Eintreten der Wiener Gemeindevertretung die von der Regierung verordnete Mehlpriiserhöhung sofort zurückgenommen wurde, wodurch das angeblich vorhandene Defizit hätte anwachsen müssen, ergibt sich laut Zeitungsberichten der letzten Tage die sonderbare Erscheinung, dass die Gebarung der K.G.V.A. nach Heranziehung der aus der ersten Gebarungsperiode verbliebenen Reserven zum 30. Juni d.J. mit einem geringen Ueberschusse abschliesst. Hier klafft also eine Lücke in der logischen Beweisführung, deren Aufklärung von der Bevölkerung dringend verlangt werden muss. Die Bauern führen scheinbar berechnete Klagen darüber, dass nach Ablieferung ihrer Produkte in das Lagerhaus schon der Waggon um einige 100 K verteuert wird, wenn er an die Mühle abgegeben wird. Weiter ist die Differenz zwischen dem Requisitionspreis für Weizen und Gerste einschließlich des Mahlohnes von 3 K per q sowie der ungleichen Provision der Kommissionäre und der Regie der Kriegsgetreideverkehrsanstalt eine derartige, dass die Konsumenten das Recht haben, von der Direktion des gegründeten Ernährungsamtes über alles dieses Gesagte Aufklärung zu verlangen. Es muss die öffentliche Rechnungslegung der Gebarung der K.G.V.A. gefordert werden, weil das Schwester-Institut in Budapest mit 12 Millionen K Gebarungs-Ueberschuss abgeschlossen hat. Es muss die Forderung gestellt werden, dass aus den in Rumänien befindlichen erbeuteten Vorräten, welche zirka 36.000 Waggonen betragen sollen, für Wien eine bedeutende Reserve zur Verfügung gestellt wird, um so die Approvisionierung sicherzustellen. Ich fordere daher die Direktion des k.k. Ernährungsamtes auf, hier die Amtshandlung einzuleiten um die Öffentlichkeit aufzuklären und zu beruhigen.

6
Was die Zuckerfrage betrifft, darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Zucker-Industrie Konzessionen behufs Anhäufung von Zucker dahin gehend gemacht worden sein sollen, daß nach Friedensschluß sofort mit dem Export von Zucker zur Verbesserung unserer Valuta in das Ausland begonnen werde. Wenn man die Valuta verbessern will, dann darf das nicht allein beim Zucker sein, einem Artikel, welcher ein wichtiges Nahrungsmittel für die breiten Massen der Bevölkerung ist, sondern es muß die Devisenzentrale strengsten Auftrag erhalten, zu verhindern, daß Gold nach dem Auslande fließt, damit mit demselben um zirka 20 Millionen Kronen Diamanten und Edelsteine aus dem Auslande nach Oesterreich eingeführt werden und es muß endlich einmal den berechtigten Forderungen der Vertretung der Stadt Wien auf Erzeugung von Sacharin stattgegeben werden. Bis zum heutigen Tage sind die 10 dahin gehenden Eingaben des Magistrates unerläßt geblieben. Es wird sich daher die Direktion des Ernährungsamtes mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen haben.

Beim Bier wieder liegen die Verhältnisse ganz gleich, wenn auch die Ursachen andere sind. Als Gerste knapp wurde, schnellte sprunghaft der Bierpreis nach aufwärts, während sich die Qualität des Bieres sprunghaft verschlechterte. Es sollen heute Biere dem Konsum zugeführt werden, bei deren Erzeugung Hopfen und Malz der Vergangenheit angehören. Nicht mehr allein für den gewöhnlichen Mann, sondern weit in den Mittelstand hinauf sind die Bierpreise unerschwinglich, während die Brauereien enorme Reinerträge ausweisen, so z.B. Die Brauerei aus welcher das sog. Fünfkirchner Salonbier stammt und das bekanntlich mit Militärs aus die Wirte zugeführt wird. 1 Liter dieses Bieres kostete im Sommer 1,12 K und der Reingewinn der Brauerei betrug 108 %.

Welche groben Fehler in der Frage der Lebensmittelbeschaffung gemacht wurden, hiefür ist der Beweis die Errichtung der „Miles“, welche angeblich ohne den Ministerrat passiert zu haben, als eine auf Gewinn berechnete Gesellschaft m.b.H. ins Leben trat. Als nicht nur in Wien, sondern in allen Gauen unseres Vaterlandes die Beseitigung dieser Einrichtung stürmisch gefordert wurde, hat man angeblich eine Änderung der Statuten durchgeführt, welche uns unbekannt sind. Doch arbeitet die „Miles“ unheimlich weiter z.B.: Der Ankauf von Dickmilch (Kondensmilch) aus dem Auslande ist nur mehr durch die Miles möglich. Dadurch wird die Möglichkeit, die noch vorhandenen Vorräte durch neue Ware zu ergänzen, beeinträchtigt, besonders bei öffentlichen Stellen, welche größere Einkäufe besorgen müssen. Zuweisungen von der Miles sind nur mit Mühe zu erhalten. Es wird mitgeteilt, daß zwischen dem Ankaufspreise und dem Verkaufspreise dieses so wichtigen Nahrungsmittels eine solche Differenz besteht, daß sie die Direktion des Ernährungsamtes dringend veranlassen müßte, einzugreifen. Ein weiteres Beispiel: Der Ankauf von mehreren (zirka 20) Waggon Reis war in Holland durchgeführt, die Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligung Hollands und Deutschlands erteilt. Die Einfuhr konnte jedoch nicht erfolgen, infolge der Schwierigkeiten, welche die Miles erhob. Es ist daher dringend geboten, daß sich die Direktion des Ernährungsamtes mit den von den früheren Regierungen geschaffenen Zentralen eingehend beschäftige so auch mit der Oel- und Fett-Zentrale. Es ist bekannt, daß der Ankauf von mehr als 10 Waggons Olivenoel für Wien abgeschlossen war und trotz des großen Mangels an Oel die Hereinschaffung fallen gelassen werden mußte, trotzdem die Ausfuhrbewilligung des betreffenden Staates gegeben war. In Budapest soll eine ähnliche Oelsendung ohneweiters eingeführt worden sein.

Der Redner fordert, dass das Ernährungsamt in allen diesen Verhältnissen Aufklärung schaffe. Von der Kaffeezentrale werde behauptet, dass sich ein Ueberschuss von Millionen ergeben habe, Die Viehzentrale, die Verwertungsgenossenschaft verdiene sehr viel Geld, aber die Bauern sagen mit Recht, die Spannung zwischen Gestehungspreis- und Verkaufspreis sei zu gross. Die Millionen die in der Spirituszentrale verdient werden

sind ungezählte und mit diesen Gewinnen werde sich das Ernährungsamt dringend beschäftigen müssen, ohne Rücksicht auf diejenigen, die an der Spitze stehen, denn der Bevölkerung sei es gleichgültig ob jene, die da in der Leitung ~~xxxx~~ seien den Geheimratsfrack oder den Kaftan tragen (Lebhafter Beifall) Der Redner erörtert eingehend die Eierfrage und erklärt, er gebe ohne Weiteres zu, dass die Organisation der Miles eine verfehlte war, dass es aber jetzt noch viel schlimmer geworden sei. Es heiße im Uebriegen aber auch mit zweierlei Mass messen, wenn bei dem allgemeinen Eiermangel der Rohö in Russisch Polen ein eigenes Gebiet zugewiesen werde, von wo sie Eier ausführen könne, wie sie wolle und wenn ihr sogar die Möglichkeit geboten werde, ihren Mitgliedern den Verkauf von Rahm anzukündigen, was allgemein verboten sei.

Redner bespricht dann noch näher die Frage der Kartoffelversorgung selbst und kommt auch zum Schlusse auf die Fettfrage zu sprechen, in welcher er die auch von österreichischer Seite in manchen Fällen einer Einfuhr von Fett aus Ungarn in den Weg gelegten Schwierigkeiten ausführt:

G-R- Oberkurator Steiner schliesst: Wir können eines verlangen, Die Bevölkerung der Stadt Wien hat ~~ix~~ ihre patriotischen Pflichten gegenüber dem Staate glänzend gehalten, sie trägt Opfer an Gut und Blut, sie zeichnet Kriegsanleihen, so weit es ihre Mittel nur erlauben, sie hat daher auch ein Recht von der Regierung zu verlangen dass die Gemeinde Wien in ihren Bestreben, der Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern, unterstützt werde. Lebhafter Beifall. Wir wollen ja durchhalten, es muss uns aber auch die Möglichkeit gegeben werden, zu ermöglichen, dass das Durchhalten nicht unnötig erschwert werde. Die Bevölkerung weiß sich eins mit der Armee, die im Felde steht und ihre Pflicht erfüllt, ebenso wollen auch wir unsere Pflicht erfüllen, damit wir ruhig vor die heimkehrenden Krieger hintreten und ihnen sagen können: Wir haben alles das getan, was unsere Pflicht gewesen und für eure Zukunft und eure Familien notwendig ist. Aus diesem Grunde stimme ich für die Referentenanträge. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen)

Während der Rede des Gemeinderates Steiner übernimmt
Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Vorsitz.

GR. kaiserl. Rat Ignatz Fischer sagt, dass er bedauern
erst in so später Stunde zu Worte zu kommen, aber die ausgezeichne-
ten Ausführungen seines Vorredners hätten ihm eigentlich das Meis-
tewort genommen, so dass ihm nur mehr übrig bleibe, über die
Kartoffelfrage selbst einiges zu sprechen.

Ihre Schwierigkeiten haben ihren ersten Grund in den
äußerst ungünstigen Bahnverhältnissen. Das Wichtigste in dieser
Frage sei zu erfahren, ob die von der Gemeinde Wien angekauften
Kartoffelmengen tatsächlich vorhanden sind, oder ob sie nur am
Papier bestehen. Er sei der Ansicht, dass die Kartoffel tatsächl-
ich vorhanden seien und es sei notwendig, dass der vorliegende Antrag
dahin ergänzt werde, dass die für den Abtransport erforderlichen
Wagen unter Hinweglassung der Instrukturierung durch die Zentraltrans-
portleitung von der Station direkt gestellt werden sollen.
Ferner müsste die Kriegsverwaltung die Zusage geben, dass die
se Kartoffel, welche dem Verderben durch Frost unterliegen, direkt
nach Wien befördert werden, ohne auf der Strecke abgestellt zu
werden. Wenn man in diesem Sinne an die Kriegsverwaltung einwirkt
und sie veranlasse, die Zirkulation der Wagen nicht zu hängen,
so werde sich auch die Kalamität der Kohlenfrage beheben lassen.

Über Antrag des GR. Rotter wird die Debatte geschlossen.
und über Antrag des GR. Breuer wird die Wahl eines Generalredners
genehmigt.

Als Generalredner wird GR. Kunschak gewählt. Derselbe
führt aus:

~~Ich muss den Dank dafür aussprechen,~~
dass Gelegenheit geboten wurde, in so umfassender und weitgehen-
der Weise alle Fragen zu behandeln, die schon seit langer Zeit wie
ein schwerer Alpdruck in unserer Brust belastet haben. Wenn ich
Ihre Zeit noch ein wenig in Anspruch nehme, so glaube ich,
das deswegen zu tun, da zu dem, was schon gesagt wurde, noch soviel
hinzugefügt werden könnte, dass ich mich gar nicht getraue, über-
haupt anzufangen. Die grossen Schwierigkeiten ~~schon~~ während
der Kriegszeit begegneten, sind zunächst auf die vollständige
Unorientiertheit, die sich ~~aus Konfliktsichtigkeit steigert, seitens~~
der Regierung und der ihr unterstehenden Organe zurückzuführen.
Es hat sich die vollständige Auflösung des Verbandes der ~~Land-
wirtsch. Verwaltung~~ gezeigt, in ihrer ~~Einheitlichkeit~~ ~~gegründet~~
Wir sind in Zustände hineingekommen, welche einerseits eine voll-
ständige Rechtsunsicherheit erzeugt haben, und dem ehrlichen Han-
del und Gewerbe, jede Kalkulationsbasis entzogen haben. Und wo
es diese beiden nicht gibt, ~~es~~ begegnet uns die Herrschaft des
Wuchers und des ehrlosen Ausbeutens. Diese Zustände wurden von

unseren Gerichten selbst herbeigeführt in der Annahme und im besten
Glauben, der guten Sache zu dienen. Unsere Gerichte verfolgten
zu Beginn des Krieges ^{die kleinen Leute} mit einer förmlichen Verfolgungswut und
verurteilten sie zu ~~den~~ drakonischen Strafen. ~~Da~~ Da kam noch eins.
Die ganze Rechtsprechung wurde von der festen Basis der Höchst-
preise verlegt auf das ganz unsichere Gebiet der Bestimmung der
Preise in Anbetracht der Entstehungskosten. Redner führt dann
einige Beispiele diesbezüglich in Fett an. Im schreienden Gegen-
satze dazu steht es, dass Millionen an Kriegsgewinnen gemacht
wurden, ohne dass die Staatsanwaltschaft oder die Gerichte sich
damit befassen und zwar deshalb nicht, weil sich die betreffenden
Fabrikanten - Bierbrauer, Zucker-, Fabrikanten - die Straf-
freiheit dadurch sicherten, dass sie sich die Preise von der
Regierung bestimmen liessen. Diese Riesengewinne haben natür-
licherweise ihre Rückwirkung auf die öffentliche Moral und der
Zustand der ~~Wirtschaft~~ Unaufrichtigkeit, der vollen Anarchie im
Handel und Wandel ist die Folge.

Die Ernährungspolitik hat zwei Wege zu verfolgen: :
Die vorhandenen Mengen zu entsprechenden Preisen in gerechter
Weise zu verteilen und zweitens sie nach Möglichkeit zu ergänzen.
Die Ursache, dass wir an Fett, Fleisch und Milchmangel leiden
liegt darin, dass bei uns Futtermangel besteht und trotzdem
wird Futter verschwendet. Ein Beispiel hierfür ist, dass ein
hoher Jagdherr ~~das~~ Heu sich für seine Hirsche und Rehe
sichern konnte, während in Tirol und Vorarlberg das letzte Heu
den Viehbesitzern weggenommen wird und diese dadurch gezwungen
werden sich des Jungviehs zu entäußern.
Niemand findet sich, der gefordert hätte, dass unsere
Produktionsgebiete der Produktion auch zugeführt werden, bei
Beginn des Krieges hat Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister
einen Auftrag erlassen, auch das kleinste Fleckchen Erde zu be-
bauen und in der Umgegend Wiens und in den Alpenländern haben
wir weite Ländereien, die nicht in die Produktionsgebiete ein-
bezogen worden sind, sondern die nur dem Sperte, dem Vergnügen
dienen. Es herrscht kein Leutemangel diese Gebiete zu bebauen.
Leute, gibt es genug, wenn die Herrschaften nur wollen. Sie ~~müs-
sen~~ wissen sich ja die Leute zu den Treibjagden zu beschaffen und
es können ja auch zur Bebauung Kriegsgefangene verwendet werden.
Man sollte doch meinen, dass wenigstens doch jetzt im Kriege
Wandel geschaffen würde und durch einen Eingriff in die Hoheits-
rechte unserer Jagdbesitzer unsere Anbaufläche bedeutend vergrös-
sert wird. Es ist von dem Wucher der Agrarier und der Landwirte
gesprochen worden. Was die Bauern abgeben, das ist alles festge-
setzt. Für den Hafer bekommen sie 28 K, für den Weizen 32 K
ebenso für das Korn, der Milchpreis ist unter Höchst~~preis~~ ge-
setzt, das ist alles geregelt, aber wie wollen sie es dem Bau-

ern verständlich machen, dass er das Abfallprodukt, das er als
Viehfutter braucht teurer bezahlen soll, als den Hafer zum Bei-
spiel selbst. Wie wollen sie einen Bauer als Wucherer bezeich-
nen, wenn er 28 K bekommt für seinen Hafer und in Wien vor den
Augen der Behörde, unter Mitwirkung der Behörde, von der Behörde
selbst wird der Hafer um 140 K verkauft. 26 K wird dem Bauern

für den Mais bezahlt, 80 K hat er zu bezahlen, wenn er ihn
selber braucht. Das sind Erscheinungen, die uns ~~später~~ ~~stärker~~
~~das~~ ~~Recht~~ ~~der~~ ~~Kritik~~ ~~der~~ ~~Zustände~~ ~~auf~~ ~~dem~~ ~~Flachen~~
Lande aus der Hand nehmen. Meine Herren, das ~~sind~~ ~~sind~~ ~~Zustände~~,
die dringend einer Aufklärung und Remedur bedürfen. Die Kartoffel
kostet für den Konsum 9 Kronen, als Futtermittel, für den Bauer
K 13.--. Diese Differenz im Preise ist ja eine Prämie für die
Hinterziehung der Edelprodukte. Das ist eine systematische Er-
ziehung und Verleitung der ganzen Landwirtschaft, zu Ueber-
tretungen der Gesetze und Verordnungen, die gegeben worden sind.
Daher braucht man sich nicht zu wundern, dass bei solchen Zustände
es mit unserer Ernährungsfrage soweit gekommen ist. Redner weist
darauf hin, dass in Waldviertel jetzt Kartoffel ~~von einem Gendarm~~
~~abgeholt~~ ~~und~~ ~~beschlagnahmt~~ ~~bei~~ ~~den~~ ~~Bauern~~ ~~requiriert~~ ~~werden~~ ~~und~~
betont, welche Folgen ein solches Vorgehen nach sich ziehen
könnte.

Was die Ungarn betrifft, so erwähnt Redner, dass, als sich
der Bürgermeister voriges Jahr über die Unzuverlässigkeit
der Ungarn beklagt habe, ihm der Ministerpräsident zur Antwort
gegeben habe, dass es richtig sei, dass die Ungarn eine grössere
Kopfquote hätten, dass dies aber auch berechtigt sei, weil die
Ungarn schon in Friedenszeiten mehr Brot und Mehl konsumiert
hätten, während Oesterreich einen grösseren Fleischkonsum aufweise.
Der Redner bespricht die Oesterreich-ungarischen Ausgleichsver-
handlungen und erklärt, es müsse bei dieser Gelegenheit auf
das Entscheidende betont werden, dass Oesterreich einen Aus-
gleich der es wirtschaftlich noch abhängiger mache, wie bisher
energisch ablehnen. (Lebhafter Beifall)

Nach dem Schlussworte des Referenten, welcher insbesondere
der Erwartung Ausdruck gibt, dass das neue Ernährungsamt im
Stande sein werde alle jetzt bestehenden Uebelstände zu beseitig-
en, wird zur Abstimmung geschritten und die Referentenanträge
werden einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.